

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Marc Jongen, Martin Reichardt, Dr. Michael Ependiller, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Jürgen Braun, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Tino Chrupalla, Siegbert Dröse, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Wilhelm von Gottberg, Armin-Paulus Hampel, Martin Hess, Leif-Erik Holm, Jörn König, Volker Münz, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Jürgen Pohl, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Beatrix von Storch, Dr. Christian Wirth und Fraktion der AfD

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung

– Drucksachen 19/3400, 19/3402, 19/4621, 19/4624, 19/4625, 19/4626 –

Entwurf eines Gesetzes

**über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019
(Haushaltsgesetz 2019)**

hier: Einzelplan 30

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist die Basis für das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland und fördert einen guten sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Im Jahre 2017 stieg die Zahl der Auszubildenden in Deutschland um 0,6%. Die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge sank dagegen um 9,5% (https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2018.pdf S. 1). Trotz einer um 1,9% gestiegenen Zahl betrieblicher Ausbildungsangebote blieben 48.900 Ausbildungsstellen unbesetzt (Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2018 S.15). Fachkräfte insbesondere im Handwerk und in den Pflegeberufen werden dringend gesucht. Laut Bericht der IHK Berlin blieben 2018 fast 82% der Ausbildungsplätze im Baugewerbe und 46% im Pflegesektor unbesetzt. Gründe sind Nichtkenntnis der Ausbildungsangebote, fehlende Affinität der jungen Menschen für den Beruf und die fehlende Eignung der Bewerber für den jeweiligen Ausbildungsplatz (<https://www.ihk->

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

berlin.de/politische-positionen-und-statistiken_channel/ZahlenundFakten/Statistik_und_Umfragen/ausbildungsumfrage/2261698). Vielen Jugendlichen fehlt die persönliche Reife für eine Ausbildung. Unternehmen vermissen eine Belastbarkeit der Auszubildenden sowie deren Leistungsbereitschaft und Motivation. Diese liegt lediglich bei 65% der Bewerber vor. Jeder vierte Auszubildende bricht seine Ausbildung ab (<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-04/berufsausbildung-jeder-vierte-auszubildende-bricht-ab-mindestverguetung>).

Nach IHK-Bericht haben 84% der Schulabsolventen unklare Berufsvorstellungen. Nur wenige Schüler der 7. Klassen werden innerhalb ihrer Schulen gut auf die Berufsfindung vorbereitet. Darüber hinaus gehen die von den Agenturen für Arbeit oder Berufszentren angebotenen Berufsorientierungsmaßnahmen häufig am Ziel vorbei. Schulabsolventen vermissen praxisnahe Berufsfelderläuterungen und eine individuelle Begleitung in der Berufsfindung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat zwar in den vergangenen Jahren versucht, die Berufsorientierungsmaßnahmen zu verbessern. Dies war jedoch nicht immer erfolgreich. Die Initiative JOBSTARTER mit einem jährlichen Förderbudget von 52 Millionen Euro sollte die duale Ausbildung (www.jobstarter.de) stärken, beispielsweise durch eine Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Die Maßnahme führte nicht dazu, dass die Zahl der nichtbesetzten Ausbildungsplätze sank. Im Gegenteil, die Zahl der nichtbesetzten Ausbildungsplätze stieg um 48.900 bundesweit (Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2018 S.15).

Die Bundesinitiative JUGEND STÄRKEN (www.jugend-staerken.de) unterstützt junge Menschen, die aufgrund schlechterer Startchancen besondere sozialpädagogische Unterstützung am Übergang von der Schule in den Beruf benötigen. Seit 2015 steigt die Zahl dieser jungen Menschen. Wurden 2015 noch 91.000 junge Menschen begleitet, waren es 2017 125.000. Die Jugendlichen werden individuell unterstützt, um eine passgenaue Ausbildung wahrnehmen und erfolgreich abschließen zu können. Das Programm setzt die richtigen Akzente. Zwei Drittel der jungen Menschen schließen die Ausbildung erfolgreich ab (https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2018.pdf, S. 92). Der Bund fördert JUGEND STÄRKEN mit jährlich 50,6 Millionen Euro. Tendenziell nimmt die Zahl der Schüler mit schlechten Ausbildungschancen zu, so dass ein Aufwuchs der Bundesmittel erforderlich ist.

Es bedarf eines Ausbaus der bereits vorhandenen Konzepte zur Berufsorientierung sowie zu einer Optimierung der Berufsorientierungsmaßnahmen. Der Fokus für die Wahl eines Berufes ist zu richten auf die Talente der Schulabsolventen sowie auf den Bedarf des Arbeitsmarktes. Die 326 anerkannten Berufsfelder (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156901/umfrage/ausbildungsberufe-in-deutschland/>) ändern sich stetig. Folglich sollten die Berufsorientierungsmaßnahmen entsprechend angepasst werden. Die Anzahl der Berufsorientierungsmaßnahmen selbst muss zum einen erhöht werden. Zum anderen muss sich die Art der Veröffentlichung der Maßnahmen an den Bedürfnissen der Schüler orientieren. Um Schulabsolventen bereits ab Klasse 7 stärker zu erreichen, sind Werbemaßnahmen für Berufsfelder und Berufsorientierungsmaßnahmen in sozialen Netzwerken sowie im Fernsehen zu schalten.

Die Begabtenförderung von jungen Berufstätigen muss weiter gestärkt werden. Die geplanten Bundesmittel in Höhe von 56 700 000 Euro reichen für die Förderungen von jungen, talentierten Berufstätigen nicht aus. Laut einer Analyse des Zentralverbands des Deutschen Handwerks werden derzeit 6.000 junge Berufstätige pro Jahr gefördert. Das bleibt um 40% unter der tatsächlichen Zahl der förderfähigen Jugendlichen zurück (<https://www.zdh.de/fachbereiche/bildung/berufswettbewerbe/heribert-spaeth-preis/heribert-spaeth-preis-2018/?L=0>). Noch stärker gefördert werden sollten insbesondere unterrepräsentierte, begabte Personengruppen wie z.B. talentierte Frauen im Handwerk oder Männer in Pflegeberufen.

Veränderungen der Berufsfelder insbesondere aufgrund der Digitalisierung in der Ar-

beitswelt erfordern Neuausrichtungen und Weiterentwicklungen der Begabtenförderprogramme. Die Förderprogramme sind inhaltlich entsprechend zu modifizieren. Die Betreuung und Begleitung der jungen Berufstätigen während der Weiterbildungsmaßnahme ist entsprechend der Änderungen in den Berufsfeldern anzupassen.

Die vom Bund für das Haushaltsjahr 2019 vorgesehenen Mittel in Höhe von 56 700 000 Euro reichen nicht aus, um die Neuzugänge der zu fördernden jungen Berufstätigen und die zu optimierenden Förderprogramme zu finanzieren. Eine Erhöhung der Bundesmittel um 44 000 000 Euro ist erforderlich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der

1. die Mittel für die Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung (Kapitel 3002, Titel 685 21 153) von 97 000 000 Euro um 13 000 000 Euro auf 110 000 000 Euro erhöht;
2. die Mittel für die Begabtenförderung Berufliche Bildung (Kapitel 3002, Titel 681 11 144) von 56 700 000 Euro um 44 000 000 Euro auf 100 700 000 Euro erhöht.

Berlin, den 12. November 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.